Entpolitisierung durch staatliche Schmiergelde?

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **11 (1985)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-360250

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Entpolitisierung durch staatliche Schmiergelder?

Der stagnierende Projektaustausch und die mangelnde Information über die aktuelle Arbeit von Frauen für Frauen haben seltsame Auswüchse angenommen. Folgende Beispiele sollen dies zeigen:

1. Eine junge Frau kommt ins Frauenzimmer. Sie braucht Hilfe — nachhause kann sie nicht mehr, weil der Mann, mit dem sie zusammenlebt, sie schlägt. Unschwer lässt sich denken, dass die Frau nicht in bester Verfassung ist. Die Frau, die gerade im Frauenzimmer arbeitet, ruft für sie im Frauenhaus an. Sie hält es für angebracht, dass die Frau wegen ihrer Verfassung im Frauenzimmer abgeholt wird. Die diensttuende Frau im Frauenhaus weigert sich, weil sie der Auffassung ist, dass eine Frau, die nicht selber zu einem ausgemachten Treffpunkt kommen kann, nicht ins Frauenzimmer gehört.
2. Eine Frau ruft im Frauenzimmer an. Ihre Freundin wurde in der Wohnung eines Bekannten nahezu vergewaltigt. Sie erwartet die Möglichkeit, mit Frauen, die gerade im Frauenzimmer sind, eine Solidaritätsaktion zu diskutieren. Im Frauenzimmer findet gerade eine Vollversammlung des Frauenhauses statt. Die Sitzung allerdings darf nicht gestört werden.
3. Ein weiterer nächtlicher Anruf. Eine Frau wird von ihrem Mann mit einem Kleiderbügel verprügelt und mit einem Messer bedroht. Zwei Frauen, die die geschlagene Frau in ihrer Wohnung aufgesucht und die halbe Nacht durchdiskutiert haben, rufen endlich im Frauenhaus an. Der Anruf wird umgeleitet — telelphonisch wird ihr Zustand und die Situation geschildert — unumgänglich in Anwesenheit der betroffenen Frau. Es wurde danach gefragt und es bestand kein Anlass, etwas zu vertuschen. Eine verzweifelte Frau zwischen Angst und Panik gehört in die PUK (psych. Univ.-) Klinik). Es verwundert nicht, dass die betroffene Frau darüber empört und aufgebracht ist.

Nur biedere Sozialarbeit?

Zwei der genannten Beispiele sind unserer Auffassung nach klassische Frauenhausfälle. Beide Male war die Unmöglichkeit des Zurückkehrens bzw. des Bleibens in der gemeinsamen Wohnung gegeben. Bedrohung und Gewalt waren erwiesen — der schlechte Zustand der betroffenen Frauen war sinnfällig. Wir können nicht wissen, ob grundsätzlich keine Frauen abgeholt werden, da wo sie gerade sind oder ob diese Entscheidung jeweils von der diensttuenden Frau getroffen wird — aber wir sind der Meinung, dass die inquisitorische Befragung nach der psychischen Befindlichkeit und nach allfälligen Drogenabhängigkeiten im akuten Fall höchst unangebracht ist. Wir können uns kaum vorstellen, dass die Mehrzahl der in Not geratenen Frauen ganz gemütlich den nächsten Tag abwartet, um dann überlegt und aufgeräumt ein paar erholsame Ferientage im Frauenhaus anzutreten.

Die vorschnelle Psychiatrisierung, wie sie auch das Frauenhaus vorzunehmen scheint, unterscheidet sich in nichts von den staatlichen Psychiatrisierungsmechanismen und erinnert an biederste Sozialarbeit.

Von daher unsere Fragen: — gehört es nicht (mehr) zu den Ansprüchen des Frauenhauses, hilfesuchende Frauen — wann und wo auch immer sie Hilfe beanspruchen — zu sehen und dann gemeinsam über ein weiteres Vorgehen zu entscheiden? Können wir vom Frauenzimmer inskünftig den Frauen, die zuerst zu uns gelangen, das Frauenhaus noch empfehlen als ein Ort, wo Frauen Hilfe und Selbsthilfe erfahren können? Können wir noch mit der Diskussion über spontane Solidaritätskundgebungen rechnen?

Immerhin rechnen wird noch mit einer Auseinandersetzung in diesen Fragen. Kritik und Selbstkritik sollten unserer Auffassung nach nicht nur im Schonraum selbstgefälliger und abstrakter Präsentation vollzogen werden, sondern auch an konkreten Beispielen.

Wir begreifen auch die frustierende Seite mühsamer Frauenhausarbeit — aber zu unserer Frustration gehört, die Festlegung unserer Funktion, die sich gerade noch darauf beschränkt, an den Frauenhausvollversammlungen den Kaffee zu servieren.

Was ist aus den Utopien von gestern geworden?

Wenngleich es an einer Auseinandersetzung anhand konkreter Vorfälle liegt, soll es doch nicht um die Diskreditierung eines einzelnen Projektes gehen — die Diskussion muss auch theoretisch geführt werden, denn ehemals waren die Frauenprojekte *eine* politische Forderung unter vielen. Sie hatten zum Zweck, Freiräume zu schaffen für politische Weiterarbeit. Nach einem doch recht starken Kampf gab der Staat nach mit dem Ziel, dem Kampf seine Brisanz zu nehmen. Er erreichte sein Kalkül, kaufte die Projekte mit Subventionen und die Projekte liessen sich kaufen. Die Frauen verschleiss(t)en sich in der Alltagsproblematik der Projekte selber, verwirklich(t)en sich in Selbsterfahrung und Innerlichkeit und scheinen ihre politischen Forderungen vergessen zu haben. Es geht sogar so weit, dass verdrängt wird, dass der Staat bei einer Wiederaufnahme des Kampfes gegen das Patriarchat (gegen diesen patriarchalischen Staat) die Subventionen entziehen kann und dies auch tun wird. Wir haben mit den Frauenprojekten keinen politischen Sieg erreicht — sie können jedoch eine Basis für weitere Arbeit darstellen. Die Problematik liegt unserer Meinung nach darin, einen Teilaspekt (nämlich die Frauenprojekte) im Kampf gegen das patriarchalische System jetzt als *das* erreichte *Ziel* anzusehen.

Wir wollen uns nicht mehr mit den Projekten, die wir momentan besitzen, zufriedengeben, wollen uns nicht mehr von diesem System unterkriegen lassen, sondern wollen diese, unsere Freiräume (wieder)belegen, zu einem politischen Forum machen.

Frauenzimmer-Kollektiv